



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0866890

2/XIV/173 - 5. August 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Stzels warmer Regen Von Dr. Heidermann	75
3 - 4	Nixon in Warschau Polnische Ängste und Hoffnungen	62
5 - 6	Notruf der spanischen Demokratie Offener Brief an Mr. Eisenhower Von Indalecio Prieto	108
7	Warum hat es Adenauer so eilig? Wg-Werk soll noch in diesem Jahr verschleudert werden	45

* * * *
* * *

Etzels warmer Regen

Von Dr. Heidermann

In seiner Rede vor der Gesellschaft von Freunden der technischen Universität Berlin hat der Herr Bundesfinanzminister über das Thema "Staat und Wissenschaften" gesprochen. Es ist erfreulich, - und sicher nicht ohne Zusammenhang mit der kulturpolitischen Initiative der Opposition - dass der Finanzminister sich zu diesem Thema äussert. Er hat damals in Berlin noch dazu von einem warmen Regen gesprochen, der in den kommenden Jahren aus den Haushalten von Bund und Ländern auf alle Bereiche der Wissenschaft niederrieseln werde.

Diese Ankündigung ist nur zu begrüßen. Im Augenblick freilich sind die Anzeichen, die eine solche Prognose rechtfertigen könnten, nicht allzu günstig. Der warme Landregen ist solange eine Fata Morgana, wie in Bundestag alle Anträge der Opposition, die eine verstärkte Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Ziel haben, von der regierenden Mehrheit niedergestimmt werden.

Offenbar um diesen schlechten Eindruck zu verwischen, gibt es in den letzten Wochen einen Regen statistischer Zusammenstellungen, der nun bereits zweimal auf den deutschen Blätterwald niederträufelte. Durch ihn soll bewiesen werden, dass die Forderung des Stifterverbandes, ein Prozent des Volkseinkommens für Wissenschaft und Forschung zur Verfügung zu stellen, bereits übererfüllt ist. Zu diesem Zweck hat man alle - auch die privaten - Aufwendungen für diese Zwecke zusammengezogen und zum Bruttosozialprodukt in Beziehung gesetzt. Abgesehen davon, dass die Sozialdemokratie die Forderung des Stifterverbandes für nicht ausreichend hält, ist zu den Berechnungen des Bundesfinanzministeriums zu bemerken, dass dort die Forderungen des Stifterverbandes offenbar nur ungenau bekannt sind. Der Stifterverband hat sehr präzise formuliert; er halte es für zwingend, mindestens ein Prozent des Volkseinkommens, (Netto-Sozialprodukt zu Faktorkosten) in Bund und Ländern für Wissenschaftsförderung - ohne Forschungsaufwendungen der Bundesministerien für Verteidigung und Atomenergie und ohne die Aufwendungen der Wirtschaft - bereitzustellen. Wie dem auch sei, auch wenn das Bundesfinanzministerium noch einmal rechnet, wird

damit der Wissenschaft keine Mark mehr zur Verfügung gestellt.

Die Addition globaler Zahlen mag zunächst beeindrucken, wie ja auch der Herr Bundesfinanzminister durch Verlesen langer Listen aus den Planungen des Wissenschaftsrates in der letzten Haushaltsdebatte brillierte. Man kann aber auch andersherum rechnen. Etwa indem man darauf hinweist, dass die Schul- und Hochschulaufwendungen von 17,1 Prozent der Gesamtsumme der öffentlichen Ausgaben im Jahre 1913/14 auf 10,2 Prozent im Jahre 1955/56 abgesunken sind, wobei der Wiederaufbau zerstörter Schul- und Lehrgebäude mit einbegriffen wurde. Entscheidend ist, wie sich die Aufwendungen zum tatsächlichen Bedarf verhalten, entscheidend ist, was tatsächlich alles n i c h t geschieht.

Nicht gelöst ist die Frage, wie in den kommenden Jahren die Planungen des Wissenschaftsrates, die weit über die jetzigen Ansätze hinaus Mittel erforderlich machen, finanziert werden sollen.

Nicht bereitgestellt sind die Mittel für die Durchführung des Düsseldorfer Wohnplanes des Deutschen Studentenwerkes, der von der Westdeutschen Rektorenkonferenz ausdrücklich gebilligt worden ist.

Nicht beseitigt ist die Überfüllung der deutschen Hochschulen und der akute Dozentenmangel in vielen Disziplinen.

Nicht bereitgestellt sind irgendwelche Bundesmittel für den Schulhausbau.

Nicht beseitigt ist der Lehrermangel schon bei der gegebenen Schulorganisation, ganz zu schweigen von dem Bedarf aufgrund des Rahmenplanes des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen.

Man könnte weiter fortfahren, über die mangelnde Begabtenförderung, vor allem an den höheren Schulen und im Rahmen des zweiten Bildungsweges sprechen, man könnte das leidige Problem der studentischen Krankenversorgung aufgreifen, man könnte endlich die Frage prüfen, was hinter den Bestrebungen der CDU steht, die Förderung nach dem Honnefer Modell auf 20 Prozent der Studierenden einfrieren zu lassen. Sicher wird man im Bundesfinanzministerium antworten, das sei zum Teil Ländersache. Aber damit wird nur deutlich, wo das wirkliche Problem der besseren Förderung unseres Erziehungs- und Bildungswesens liegt: in der befriedigenden Regelung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Länder von der Tilgung der Ausgleichsforderungen entlastet (und insofern mit den Vorschlägen des Planes Z der SPD übereinstimmt), böte eine gute Gelegenheit zu beweisen, was Etzel wirklich zu tun bereit ist. Aber schon hat er die Erhöhung des Anteils des Bundes an der Einkommens- und Vermögenssteuer verlangt.

Nixon in Warschau

W.W. Die deutsche Sozialdemokratie kann heute mit Genugtuung feststellen, daß die von ihr seit langer Zeit geforderte Politik der Entspannung durch die Reise Nixons eine eindrucksvolle Bestätigung erfahren hat. Die Ereignisse, die das Erscheinen Nixons in der Sowjetunion und vor allem in Warschau ausgelöst hat, haben anschaulich bewiesen, daß auch in der Bevölkerung der Ostblockstaaten die Sehnsucht nach Frieden und Normalisierung der Verhältnisse die zentrale, sie bewegende politische Kraft ist.

Die Welt hat erfahren können, daß eine Politik der Stärke, mit der die Mächtigen in Gedanken so gerne spielen, auch in den Massen der Bevölkerung der Sowjetunion und besonders in Polen keine reale Grundlage findet. Im Gegenteil, die Spontaneität, mit der Nixon in Warschau von der polnischen Bevölkerung begrüßt wurde, ist der Ausdruck eines echten und tiefempfundener Willens zur Überbrückung der Abgründe, die der Kalte Krieg zwischen den Völkern aufgerissen hat. Dabei ist deutlich geworden - und Nixon hat es nicht unterlassen, darauf hinzuweisen - daß es echte amerikanisch-sowjetische und vor allem amerikanisch-polnische Gemeinsamkeiten gibt, deren Belebung zu einer Entspannung beitragen könnte. Allerdings, darauf müssen wir Deutschen gefaßt sein, werfen diese Gemeinsamkeiten, um deren Belebung sich besonders Gomułka bemühte, ein negatives Licht auf die Bundesrepublik.

Diese polnisch-amerikanischen Gemeinsamkeiten fanden ihren bedeutungsvollen Ausdruck, als Nixon in Erinnerung an den gemeinsamen Kampf gegen Hitler-Deutschland das Grabmal des unbekanntem Soldaten auf dem polnischen Heldenfriedhof besuchte. Dabei nahm ein polnischer Journalist Gelegenheit, in Nixon die Erinnerung an die Leiden des polnischen Volkes, die aus Vorurteilen und Rassenhaß entstanden seien, wachzurufen und damit unausgesprochen gewisse Rechte geltend zu machen, die heute von der Außenpolitik Adenauers so geflissentlich übersehen und völlig außerhalb des politischen Kalküls gelassen werden. Gomułka wird es in den sechs Stunden, die er sich mit Nixon unterhalten hat, nicht versäumt haben, den polnischen Standpunkt

5. August 1959

darzulegen und die Schlußfolgerungen bekanntzugeben, die eine polnische Politik aus den Beschlüssen des Bonner Kabinetts im Hinblick auf die Frage der Aufnahme deutsch-polnischer Beziehungen, bzw. des Abschlusses eines deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrages ziehen mußte. Die ablehnende Haltung der deutschen Bundesregierung muß angesichts der Tatsache, daß sich der amerikanische Vizepräsident Nixon so eingehend mit dem polnischen Staatschef Gomułka unterhält, in eigenartigem Licht erscheinen. Kein geringerer als der polnische Staatspräsident Aleksander Zawadzki drückte daher seine Besorgnis über einen angeblichen Militarismus in der Bundesrepublik aus. Möge doch die Bundesregierung endlich begreifen, daß die Erinnerung des polnischen Volkes an eine Leidenszeit, die noch heute durch die Pflege des ehemaligen Warschauer Ghettos als Gedenkstätte eine unheimliche Kraft erweist, ein zentraler politischer Faktor ist, den es zu überwinden gilt, wenn wir eines Tages wieder zu einem erträglichen Verhältnis mit Polen kommen wollen.

Die Tatsache, daß die Mächtigen in Ost und West dem Willen der überwältigenden Mehrheit der Völker nach Entspannung zu entsprechen bereit sind, drückt sich in ihren Bemühungen aus, in anderer Weise als bisher Voraussetzungen für die Lösung internationaler Probleme zu schaffen. Das sollte allmählich auch in der Politik der Bundesregierung erkennbar werden, nicht zuletzt, da Nixon Montagabend vor Pressevertretern seine Gespräche mit den politischen Führern Polens als "konstruktiv" bezeichnet hat. Wir sehen an diesem Beispiel des Nixon-Besuches in Warschau: Entspannung und Verständigung sind die neuen Ziele der Politik, um auf diese Weise zu einer immer dringlicher werdenden Lösung der internationalen Probleme zu gelangen.

Kotruf der spanischen Demokratie

Offener Brief an Mr. Eisenhower

Von Indalecio Prieto

Der Gesinnungsterror, den das Franco-Regime in Spanien ausübt, der kürzlich dazu führte, neun sozialistische Studenten vor ein Militärgericht zu stellen, weil sie Flugblätter mit einer Aufforderung zum Generalstreik verteilten, veranlaßt uns, nachfolgenden "Offenen Brief" des spanischen Exilpolitikers Indalecio Prieto an den Präsidenten der USA, Eisenhower, in gekürzter Fassung zu veröffentlichen.

"Sehr geehrter Herr,

ich glaube nicht, daß dieser Brief je den Empfänger erreicht, noch daß er von ihm gelesen wird. Wenn ich trotzdem diesen Brief an Sie richte, so vor allem wegen des Eindrucks, den Ihre Botschaft "An die amerikanischen Bürger im Ausland" aus Anlaß des 193-jährigen Jubiläums der amerikanischen Unabhängigkeit bei mir hinterlassen hat.

In dieser Botschaft gibt es kaum einen Absatz, in dem das Wort "Freiheit" nicht vorkommt. Ja, mehrfach wird dieser schöne Ausdruck hintereinander wiederholt, und sein ideeller Gehalt wird in den herrlichsten Regenbogenfarben geschildert. Mag sein, daß dieses schöne und große Wort alle anderen, außer uns spanischen Republikanern, blenden kann. Wir aber müssen diesen Begriff mit Trauerflor umhüllen, denn die Freiheit unseres Volkes ist erdölcht worden.

Ich habe nicht vor, Herr Präsident, Ihnen ausführlich aufzuzählen, mit welcher Tücke dieses Attentat auf unsere Freiheit durchgeführt wurde. Es ist anzunehmen, daß Sie darüber unterrichtet sind, wie es dazu kam, daß die staatsbürgerliche Ordnung unseres Kulturlandes verwaiste. Als Oberkommandierender der alliierten Streitkräfte führten Sie den Kampf an zur Vernichtung des Nationalsozialismus und Faschismus. Nun, in dem Memoirenwerk des ehemaligen amerikanischen Botschafters werden Sie unwiderlegliche Beweise dafür finden, wie in dem Zeitabschnitt vor dem zweiten Weltkrieg die deutschen und italienischen Machthaber sich verschworen hatten, die spanische Demokratie zu stürzen und wie andere Regierungen, darunter auch die nordamerikanische, als Komplizen dabei dienten. Die einen bekämpften uns aktiv, und die anderen halfen mit, unsere Erschöpfung herbeizuführen; sie verweigerten uns die Waffen, die wir brauchten, obwohl wir in bar und im voraus zahlten. Diese Komplizität nahm so eine doppelte Verflechtung an: sie schuf das Abkommen über die Non-Intervention durch London und das sogenannte Neutralitätsgesetz durch Washington ...

Heute befinden Sie sich, Mr. Eisenhower, in einer erstaunlich ähnlichen paradoxen Situation. Als Anführer der siegreichen alliierten Armeen räumten Sie in Westeuropa mit dem Totalitarismus Hitlers und Mussolinis auf. Und als Chef der USA-Regierung unterstützen Sie in der gleichen Region das totalitäre Regime Francos ... Ich erkenne an und stelle fest, Herr Präsident, daß diese Änderung in der spanischen Frage nicht durch Ihre Initiative gekommen war. Dieser Wechsel in der Haltung begann, als Mr. Truman sich noch im Weißen Haus befand. Aber gleichzeitig stelle ich fest, daß während Ihrer Präsidentschaft die Protektion Francos durch die USA ganz unglaubliche Ausmaße erreicht hat. Mr. Bowers zählt in seinem Memoirenbuch "Mission in Spanien" die vielen vergeblichen Bemühungen auf, um das Staatsdepartement von seiner geistlosen Politik abzubringen. Er beschreibt, wie besorgt und unzufrieden

5. August 1959

Roosevelt selbst über diese Politik sich äußerte: "Wir haben einen Fehler begangen; Sie hatten die ganze Zeit über Recht gehabt" ...

Das spanische Volk unterscheidet bei der Bewertung des enormen Schadens, den die USA seit 1936 ihm zufügten, nicht zwischen Ihrer persönlichen Verantwortung und der der Herren Roosevelt und Truman und ebenso wenig zwischen der kollektiven Verantwortung der Republikanischen und Demokratischen Partei ... Aber es unterscheidet zwischen der politischen Hülle dieses Landes und dem nordamerikanischen Volk, und es weiß, daß dieses sich von Herzen mit unserem Unglück solidarisch fühlt. Den Ausdruck ehrlicher und herzlicher Solidarität des Volkes fanden wir bei den amerikanischen Gewerkschaften, die in ihrer Ablehnung der Diktaturen sie auch nicht nach der roten oder schwarzen Farbe differenzieren ...

Jetzt ist Washington dabei, auf dem Wege über den internationalen Währungsfond, dem Franco-Regime neue Dollarhilfen zu leisten. Nach einer autorisierten Version soll Franco vorsorglich eine Reihe energischer Maßnahmen durchführen: Abwertung der Peseta, Verbot weiterer Emissionen von Papiergeld, Gleichgewicht des Staatshaushaltes, Streichung der Zuschüsse an die Industrien, die im Wahn der angestrebten Autarkie neu begründet wurden, Einengung der Bankkredite usw. Diese Maßnahmen vorwegnehmend, gegen unvorhersehbare Konsequenzen große Erschütterungen auslösen können, hat der Generalissimus andere Schritte unternommen, die darauf ausgerichtet sind, jede Art von Volksprotest blutig zu unterdrücken. Denn einer gewaltigen Arbeitskrise und einer unerträglichen Senkung der Kaufkraft soll so begegnet werden.

Ihnen sind etwa diese drakonischen Maßnahmen unbekannt? Dann sollten sie von Ihnen genau geprüft werden. Eine neue Unterdrückungsaktion, falls sie stattfindet, würde diesmal mit Flugzeugen, Tanks, Maschinengewehren und Gewehren durchgeführt werden, die Sie, Herr Präsident, einem Machthaber geliefert haben, dessen Illegitimität Hand in Hand geht mit seiner Grausamkeit. Das wäre ein unauslöschbarer Fleck in der Geschichte der Vereinigten Staaten, deren Regierung und Parlament mithelfen, den Zorn des spanischen Volkes herauszufordern und sie auf diese Weise mehr kommunistische Propaganda-Arbeit verrichten, als die Krenl-Agenten insgesamt ...

Dieser Brief, auf den ich keine Antwort erwarte, geht als offenes Schreiben. Meine politische Enttäuschung, verursacht durch das gleichzeitige Besingen und Schänden der Freiheit, ist groß. Doch selbst desillusioniert, wollte ich durch die Feder das ausdrücken, was meine Seele empfindet.

Mit großem Respekt grüße ich Sie

Indalecio PRILECO

Ex-Minister der Finanzen;
Ex-Minister für öffentliche Arbeiten;
Ex-Minister der Marine und Luftfahrt
und Ex-Minister der Landesverteidigung
der ehrenhaften und heroischen Spanischen Republik.

+ + +

Warum hat es Adenauer so eilig ?

ler - In seiner Auseinandersetzung mit Bundeswirtschaftsminister Erhard, aus der beide sehr lädiert hervorgingen, hat sich Bundeskanzler Adenauer selbst das Zeugnis ausgestellt, daß er von Wirtschaftspolitik nicht viel versteht. Ausnahmsweise werden ihm in dieser Selbsteinschätzung auch seine schärfsten Widersacher zustimmen. Sein Mangel an Wirtschaftskennntnissen hat ihn jedoch nicht daran gehindert, einen Brief an den Bundestags-Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU zu schreiben, in dem er verlangt, daß der von dieser Fraktion eingebrachte Gesetzentwurf über die Privatisierung des Volkswagenwerkes unmittelbar nach den Parlamentsferien behandelt und verabschiedet werden soll. Als Grund für diese Verschleuderung eines Rieseunternehmens führt Dr. Adenauer die gute Resonanz an, die die Ausgabe der Preussag-Volksaktien in der Bevölkerung gefunden habe. Das gebe "hinreichende" Veranlassung, die Privatisierung "zügig" fortzusetzen.

Nun ist es eine unbestreitbare Tatsache: Die bisherigen Ergebnisse der Volksaktien-Politik der Bundesregierung und die Ereignisse, die sich bei der Hauptversammlung der Preussag-Aktionäre in Hannover abspielte, haben bewiesen, wie ungeeignet die Ausgabe von Aktien aus verschleudertem Volksvermögen ist, Eigentum für möglichst viele zu schaffen. Die Privatisierung der Preussag schuf zwar über 200 000 Volksaktionäre, auf die Verwaltung des damit erworbenen Eigentums haben diese jedoch keinen Einfluß, der fließt und bleibt den Bankern als Vermögensverwalter vorbehalten. Die meisten Aktionäre warten darauf, ihre Aktien bei der nächsten Kurssteigerung günstig zu verkaufen. Die Käufer werden die Gewaltigen im Bereich von Finanz und Wirtschaft sein. So schmelzen die Volksaktionäre zu einer immer kleiner werdenden Minderheit zusammen. Ihr Kleinrentum verwandelt sich in den Händen Weniger zu Großbesitz.

Genau das aber erstrebt der Volkswagen-Privatisierungs-Entwurf der CDU, dessen Verabschiedung der Bundeskanzler nicht schnell genug erfolgen kann. Der Ausgang der Genfer Konferenz bereitet ihm anscheinend weniger Sorge. Er stellt sich taub gegen alle Mahnungen der Gewerkschaften, des Vereins Deutscher Ingenieure und Organisationen der Wissenschaftler, das Volkswagenwerk in eine Stiftung umzuwandeln, deren Erträge bei uns ohnehin vernachlässigten Förderung von Wissenschaft und Forschung dienen soll. Er stellt sich taub gegen die beschwörende Mahnung der Landesregierung von Niedersachsen, das künftige Schicksal dieses Unternehmens mit einer Privatisierung nicht schweren Risiken auszusetzen. Die politische und wirtschaftliche Vernunft spricht dafür, das größte Autounternehmen Europas nicht zum Beuteobjekt unkontrollierbarer anonymer Kapitalinteressen zu machen.

Adenauer drängt, er hat es eilig. Er glaubt mit der Privatisierung des Volkswagenwerkes sich den Wahlschlager für die nächste Bundestagswahl zu sichern. Außerdem will und muß er sich den Mächten dienstbar erweisen, die nur darauf warten, das VW-Werk als Beutegut in die Hand zu bekommen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel